

Obdachlos im Sommer

Im selben Maße, in dem Mietpreise hierzulande steigen, steigt auch die Wohnungslosigkeit. Während obdachlose Menschen über die Wintermonate wenigstens notdürftig versorgt werden, bleiben sie im Sommer buchstäblich auf der Straße. - was nicht nur Verelungung, sondern oft auch den Tod bedeutet.

Seite 2

Türkei: Die kommende Krise

Immer weniger gelingt es Türkeis Erdogan von der wirtschaftlichen Krise des Landes abzulenken. Die Krise hat bereits politische Folgen für Erdogan: Bei den Kommunalwahlen hat das AKP/MHP-Bündnis die wichtigsten Metropolen einschließlich Istanbul verloren.

Seite 12

Schwerpunkt

Enteignung, Kollektivierung, Verstaatlichung: Diese Begriffe werden wieder populär. Das sorgt für gereizte Reaktionen aus dem Unternehmerlager. Was sagen Sozialist*innen dazu?

Seiten 7-10



VORWÄRTS SLP)

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983 Nr. 279 | 07/08.19

Die Reichen ins Schwitzen bringen!

Schwarz-Blau ist (für's erste) weg – ihre Politik bleibt. Weder „Expert*innen“-Regierung, noch irgendeine der Parlamentsparteien werden das ändern. Wir Betroffenen müssen selbst Widerstand organisieren. Erfolge sind möglich: Kickls Abschieds-Angriff auf den Stundenlohn von Asylwerber*innen für „freiwillige“ Tätigkeiten wurde gekippt. In den Unterkünften war niemand bereit, für €1,50 zu arbeiten. Der de-facto Streik hat gewirkt.

Die Ausgangslage für Widerstand hat sich verbessert. Eine entschlossene



Jetzt mit der SLP den Widerstand auf die Straße, in die Betriebe und auf den Stimmzettel tragen!

Kampagne auf der Straße, in Betrieben und Schulen kann schwarz-blaue Angriffe wie 12-Stunden-Tag, Mindestsicherungs- und Sozialversicherungs- und Gesundheitskürzungen sowie Abschiebepolitik zurückschlagen. Wir müssen solche Kampagnen selbst

organisieren und Druck auf den ÖGB machen, wirklich aktiv zu werden – denn Katzian & Co wollen nicht kämpfen.

Für einen Aktionstag im September! Initiativen wie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ im Wiener Kran-

kenanstaltenverbund, „Sozial, aber nicht blöd“ im Sozialbereich, „Fridays for Future“ an den Schulen und viele andere organisieren wichtige Widerstands-Kampagnen. Ein nächster Schritt sollte ein Aktionstag im September sein, um die einzelnen

auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Desse Logik zu akzeptieren heißt, die Profite der Banken & Konzerne auf Kosten von Beschäftigten, sozial Benachteiligten, Migrant*innen, Frauen, LGBTQIA+-Personen und Umwelt zu retten. Unsere Kandidatur in Oberösterreich soll zeigen, wie Aktivist*innen diese Politik im Wahlkampf kontern können: Mit einer unabhängigen, antikapitalistischen, klassenkämpferischen Kampagne, die den Widerstand gegen die Politik der Reichen auch auf den Stimmzettel bringt.

Florian Klabacher

Die SLP fordert:

- Weg mit allen Verschlechterungen der letzten Regierungen!
- Für einen gemeinsamen Aktionstag von kämpferischer Initiativen, Aktivist*innen und Betriebsräte*innen als Schritt zur Ausbreitung des Widerstands!



von Sonja Grusch Der neuerliche Hitzesommer zeigt, dass das Wetter alles andere als unpolitisch ist. Es geht um Internationales, macht doch die Klimaerwärmung nicht an Staatsgrenzen halt. Und um Wirtschaft – schließlich werden Großkonzerne, die CO₂ produzieren, mit Steuergeldern subventioniert. Es geht ums Wohnen, denn warum müssen Vermieter nicht für ordentliche Isolierung und z.B. Außenjalousien sorgen. Auch die Gesundheit ist betroffen, schlägt sich die Hitze doch u.a. auf den Kreislauf. Natürlich geht es auch ums Arbeiten: Zwar sinkt die Leistungsfähigkeit erwiesenermaßen bei Hitze, doch müssen wir trotzdem weiter „liefern“ – während es die Chefs mit den Vorschriften für einen erträglichen Arbeitsplatz nicht so genau nehmen. Und es ist ein durch und durch soziales Thema: Die einen können Wochen- und monatelang vor der Hitze flüchten oder

Alle reden vom Wetter – wir auch

die Zeit im kühlen Garten etc. genießen. Und die anderen müssen zumindest einen Teil des Sommers arbeiten und leiden. Und haben kein Geld für Klimaanlage & Co.

Ernsthaft übers Wetter zu reden ist also hochpolitisch. Wer sich darauf beschränkt, Tipps zu geben, wie man die Hitze überstehen kann, fragt noch nicht einmal nach der Ursache und ernsthaften Lösungen. Wie bei Armut oder Krankheit wird auch bei der Hitze so getan, als ob sie „gottgegeben“ wäre und man sich in sein Schicksal fügen müsse. Doch weder ist der Klimawandel natürlich noch die Tatsache, dass es an manchen Arbeitsplätzen oder Wohnungen 30 Grad und mehr hat. Also reden wir übers Wetter und darüber, wie wir ein erträgliches Lebens- und Arbeitsumfeld für alle schaffen, und nicht nur für jene mit dickem Bankkonto. Und reden wir darüber, wie wir die Zukunft des Klimas den profitungrigen Klauen des Kapitalismus entreißen können. Weil wir nämlich die viel zu heiße Suppe, die uns der Kapitalismus eingebrockt hat, nicht auslößeln wollen.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Initiative kämpft für Ganzjahres-Notquartiere

„Sommerpaket“ ist eine Initiative von Basis-Mitarbeiter*innen der Wohnungslosenhilfe. Sie wurde diesen Frühling gegründet. Nach einigen Treffen wurden drei zentrale Forderungen formuliert, die an den 'Fonds Soziales Wien' und Sozialstadtrat Peter Hacker (SPÖ) gerichtet sind: ganzjähriges Angebot der Notquartiere für alle Personengruppen (vor allem Frauen und Transpersonen); bessere Qualität der Unterbringung mit

Zugang zu fachgerechter Pflege und medizinischer Versorgung; Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen. Die Initiative hält regelmäßig Treffen ab, um ihre Basis zu stärken und sich mit anderen Initiativen im Sozialbereich wie „Sozial, aber nicht blöd“ zu vernetzen. Ein guter Schritt in Richtung der Lösung der akuten Notlage unserer Klient*innen. Mehr dazu auf sommerpaket.noblogs.org



Foto: FB/Initiative Sommerpaket

Obdachlos im Sommer

Im Rahmen des 'Winterpakets' können Menschen in Not niederschwellige Unterstützung in Form von Spei-

plätze gestrichen. Nur noch ein Notquartier für Männer mit lediglich 70 Notschlafplätzen wird über den Sommer be-

Im Sommer gibt es wienweit nur 70 Notschlafplätze für Männer und 0 für Frauen!

sen, Unterkunft und Beratung erhalten. Denn von November bis April stellt der 'Fonds Soziales Wien' ein zusätzliches Budget für Wärmestuben und Notquartiere. Diesen Winter waren 1.400 Menschen darauf angewiesen. Die Einrichtungen waren voll ausgelastet. Ab 30. April wurden mit dem Ende des Winterpakets ca. 950 Schlaf-

trieben. Für Frauen gibt es keinen einzigen Notschlafplatz!

Für das Angebot gibt es keine besonderen Voraussetzungen. Man braucht nur eine Zuweisung von der Beratungsstelle. Entsprechend lang ist die Warteliste. Am härtesten traf die Umstellung auf den Sommerbetrieb Menschen

ohne jeglichen Anspruch auf Sozialleistungen. Wer keinen Platz hat, muss draußen schlafen. Verdrängung aus dem öffentlichen Raum und Polizeischikanen, bei denen Zelte, Schlafsäcke und Kleidung beschlagnahmt werden, sowie erhöhte Abschiebegefahr, erschweren die Situation enorm. Psychische und körperliche Erkrankungen, die oft vorkommen, bedeuten unter solchen Umständen oft Verelendung oder gar den Tod. In den ersten Monaten des Sommerbetriebes sind an den Folgen der Umstellung mindestens 5 Personen verstorben. Am 12. Juni ist ein Klient des Notquartieres in Schubhaft gestorben.

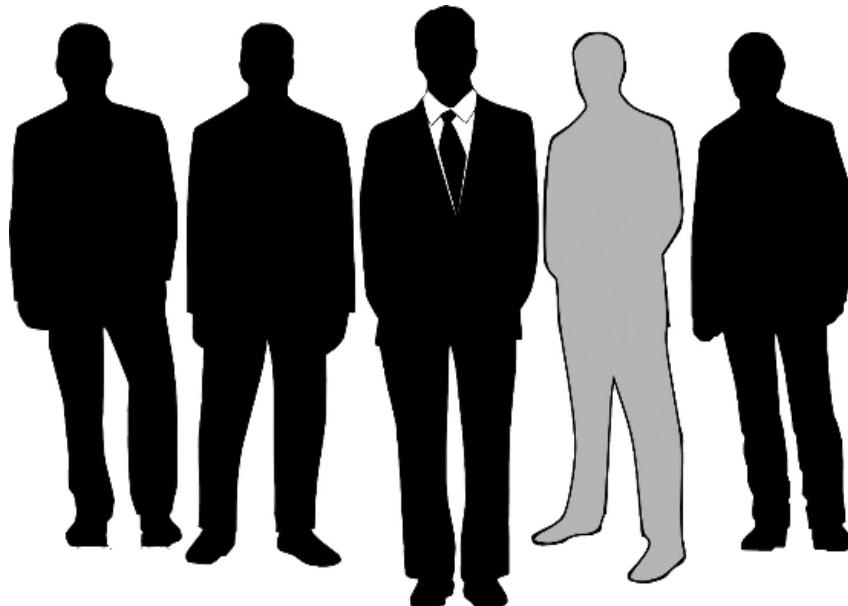
Ein Obdachlosen-Betreuer



Im Kapitalismus gibt's kein gutes Wohnen für Alle

Um Verbesserungen in der Wohnungslosenhilfe zu erreichen, werden Appelle an Geldgeber & Management nicht genügen. Wir müssen bereit sein, Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen: Politische Betriebsversammlungen und letztlich Streiks. Auch müssen wir andere relevante Bereiche unserer Branche (z.B. Pflege, Beratung, Reinigung) einbinden. Kämpferische und basisorientierte Teile der Gewerkschaften und Betriebsräte*innen kön-

nen da eine wichtige Rolle spielen. Um langfristig alle Missstände ums Wohnen lösen zu können, braucht es einen Bruch mit den bestehenden Eigentumsverhältnissen und dem Kapitalismus. Als erster Schritt könnte eine radikale Besteuerung und Enteignung von Superreichen und Immobilien-Haien Mittel freigeben, mit denen neue leistbare Wohnräume geschaffen und das Sozialbudget finanziert werden können.



Kein Vertrauen in diese Regierung!

Stabilität: Das ist die Linie von Bundespräsident VdB und allen Nationalrats-Parteien nach dem Ibiza-Skandal, der noch

„einen Fortschritt. Gerade wer den Politizirkus der letzten Jahre satt hatte, freute sich nun über eine „parteiun-

auf der anderen Seite. Die Parteien haben in vergangenen Regierungen oder in den Bundesländern im Wesentlichen

Herrschenden wirklich stehen, zeigt das Beispiel Griechenland: Nach der Krise von 2008 übernahm die EU-Troika praktisch die Macht und setzte alles außer Kraft, wofür Generationen griechischer Arbeiter*innen gekämpft hatten: Ein Ergebnis waren Kinder, die im Sportunterricht reihenweise vor Hunger umkippten.

Die wahren und erfahrenen Expert*innen sitzen natürlich nicht in Ministerbüros – sondern in den Betrieben und AMS-Kursen, in den Schulen und Schubgefängnissen. Wir brauchen eine neue politische Kraft, die sie im Kampf gegen diese und die kommende Regierung vereint!

Till Ruster

Statt der „Expert*innen“ der Herrschenden: Eine neue Partei der Arbeiter*innen und Jugendlichen!

lange nicht ausgestanden ist. Stabilität nach 18 Monaten Schwarz-Blau und Jahrzehnten von Rechtsruck, Sozialabbau, Reallohnverlusten, höherer Arbeitsbelastung, Gesundheitskürzungen? Das ist für Arbeiter*innen, Jugendliche und Pensionist*innen eine Drohung. Stabilität ist ein „weiter so“; für uns ein untragbarer Zustand!

Viele sahen trotzdem in einer „Expertenregie-

abhangige Regierung“. Doch so etwas gibt es nicht, erst recht nicht in Proporz-Österreich. Die Regierung Kurz hat noch einmal deutlich gemacht: In Wirklichkeit gibt es v.a. zwei „Parteien“ in der Gesellschaft: Die sehr reiche Minderheit auf der einen Seite, und die Mehrheit der Betroffenen von 12h-Tag, Enteignung der Sozialversicherung bis hin zu Zwangarbeit für Asylwerber*innen

die gleiche Politik gefahren. Auch sie gehören somit zu dieser Einheitspartei der Reichen. Die Minister*innen und die Kanzlerin lassen sich all diesen Parteien zuordnen. Von Expert*innen gibt es auch keine Spur: Die Qualifikation besteht nur darin, das Vertrauen der Herrschenden zu besitzen, den Laden zu ihren Gunsten weiter am Laufen zu halten. Wofür diese „Expert*innen“ der

Eine Regierungsriege des Grauens

Großdeutscher Verkehrsminister: Andreas Reichhardt ist der neue Verkehrsminister. Er kommt aus dem gleichen Stall wie schon der alte, Hofer. Als Mitglied der deutschnationalen „Cimbria“ kommt auch er aus dem Burschenschaft-Millieu. Mehr noch: Früher nahm er an den gleichen Wehrsportübungen der Nazi-Szene teil wie auch Strache. So dürfte der Karrieristen-Sumpf der Rechtsextremen unangetastet bleiben.

Auf ein Bierlein mit Rechtsextremen: Die Übergangs-Kanzlerin Brigitte Bierlein kam auf dem Ticket der Regierung Schüssel-I an den Verfassungsgerichtshof (VfGH), konkret auf dringende Bestellung der FPÖ. Auch im Februar war es wieder die FPÖ, die sie zur Präsidentin des VfGHs machte.

Auch über ihren langjährigen Partner und Ex-Richter Maurer be-

steht ein enger Draht nach Rechtsaußen. „Das Eintreten für Rassenreinheit, Erbgesundheitslehre und gegen die Integration von Ausländern ist per se betrachtet nicht ehrenrührig“, schrieb dieser einmal in einer Urteilsbegründung. Den verurteilten Holocaust-Leugner David Irving setzte er skandalöserweise mit Verweis auf „untadeligen Lebenswandel“ auf freien Fuß.

Sebastian Kurz' Platzhalter fürs Äußere: Mit Alexander Schallenberg behält Kurz im Außenministerium weiter Einfluss. Der ehemalige Leiter der 'Stabsstelle Strategie' gilt als Wegbereiter für die Kurz-Kampagne zum Ausbau der Festung Europa. Er hat seinen Anteil am Massensterben im Mittelmeer und den Pakten mit Diktatoren in Nordafrika. Er soll das Ministerium für eine mögliche neue Regierung Kurz auf Linie halten.

Der rechte Rand

Andreas Reichhardt, deutschnationaler Burschenschaftschafter und fotografisch dokumentierter Wehrsportkamerad Straches wurde 2003 unter Schwarz-blau 1 Sektionsleiter im Verkehrsministerium. Unter Schwarz-blau 2 erobt ihn Hofer vom Sektionsleiter zum Generalsekretär (10.690,90 € monatlich). Sein Vertrag als Sektionschef wurde unter SPÖ-Minister*innen des BMVIT verlängert und damit die nachhaltige Machtpostenversorgung der FPÖ ermöglicht. Weder Ibiza noch Misstrauensantrag haben am blauen Postenschachet etwas geändert. Die vermeintlichen Bollwerke gegen Rechtsextremismus, SPÖ, VdB & Co, versagen. Kanzlerin Bierlein und Präsident Van der Bellen haben Reichhardt ohne mit der Wimper zu zucken zum Verkehrsminister gemacht. Reichhardts Antritts-Presseaussendung, in der er verkündet, dass er keine „Paintballspiele“ mehr machen würde, wurde von Elisabeth Hechenleitner versendet, vormals Presse-sprecherin von Johann Gudenus, zuletzt in Hofers Kabinett für Presse zuständig. Auch noch da: Hubert Keyl, der aus seiner Gesinnung kein Geheimnis macht, wenn er den von den Nazis ermordeten Franz Jägerstätter als „Verräter“ bezeichnet. Keyl wurde heuer flugs im BMVIT als (interimistischer) Abteilungsleiter versorgt, nachdem er seine Bewerbung als Bundesverwaltungsrichter zurückgezogen hatte. Andreas Zacharsiewicz, ehemaliger RFJ-“Grundsatzreferent“, wurde 2006 vom damaligen Sektionsleiter Reichhardt ins Ministerium geholt (und unter Minister*innen der SPÖ verlängert). In seinen biologisch-rassistischen Ergüssen träumt er vom „weißen“ Europa.

Alice Wunderer

ÖGB: Nicht nur beraten; wir brauchen Taten!

Die den Arbeiter*innen feindliche schwarz-blaue Regierung ist zusammengebrochen. Trotzdem können wir nicht auf Verbesserungen oder Rücknahme der Verschlechterungen durch die neu eingesetzte Expert*innenregierung hoffen. Denn anstatt durch eine organisierte Bewegung der Massen, implodierte das „harmonische“ Gespann Kurz/Strache an einem Skandalvideo. Die größte Organisation der Arbeitenden, der ÖGB, hatte daran null Anteil. Aus der Dynamik, die um die Demo gegen den 12h/Tag entstand, wurde nichts gemacht. Zuletzt beschwerte sich die ÖGB-Spitze nur mehr darüber, dass die Regierung nicht mehr mit ihnen geredet hat. Umso glücklicher ist sie jetzt, dass die neue Bundeskanzlerin Bierlein schon Gesprächsbereitschaft angekündigt hat und vorgibt, den „Rat aller Sozialpartner“ zu suchen. Dieser Ratgeberanspruch kann einer Organistaion der Arbeiter*innen, die 18 Monate nur Schläge kassierte, aber nicht genügen. Jetzt müssen konsequent Forderungen gestellt werden!

Die 12h/Tag-Regelung muss zurückgenommen werden und der Einfluss der Arbeitnehmer*innen bei den Krankenkassen wiederhergestellt werden. Aber es braucht auch

Thomas Hauer

Offensivforderungen: 30 Stundenwoche bei vollem Lohn und Personalausgleich! Mindestlohn und Mindestpension von 1.700€ netto! Gleiche Rechte für alle, die hier leben! Ausfinanzierung von Gesundheits- Bildungs- und Sozialsystem durch die Profite der Reichen! Es ist wichtig und richtig, solche Forderungen zu stellen. Doch es braucht auch Schritte, um sie durchzusetzen. Auf die etablierten Parteien dürfen wir nicht vertrauen. Genausowenig auf die ÖGB-Spitze, die an diese Parteien gebunden ist. Es braucht Druck von der Basis, und hier sind vor allem kämpferische Betriebsräte*innen in der Verantwortung, diesen aufzubauen. Als ersten Schritt können Betriebsräte diese Forderungen als Resolutionen beschließen und Betriebsversammlungen einberufen, um mit Kolleg*innen darüber zu diskutieren und weitere Schritte zu planen. Um entschlossene Aktionen auf der Straße und in den Betrieben kommen wir nicht herum. Die kleinen, aber kämpferischen Initiativen im Gesundheits- und Sozialbereich zeigen, was möglich ist. Schließlich brauchen wir einen gemeinsamen Aktionstag noch vor den Wahlen, um der neuen Regierung die Rute ins Fenster zu stellen!



Caritas-Ausgliederung

Im Juni ging die Caritas Wien daran, ihre bei der Caritas angestellten Reinigungskräfte in das Tochterunternehmen

und die Gewerkschaft GPA-DjP aktiv. Nach Angriffen von Caritas Wien-Geschäftsführer Klaus Schwertner auf Facebook

Der Kampf für einen Verbleib der Reinigungskräfte bei Caritas und im Caritas Kollektivvertrag bleibt nötig.

„Magdas“ auszugliedern. Das hätte einen Einkommensverlust von bis zu 25% bedeutet. „Sozial, aber nicht blöd“, eine Basisinitiative, in der SLP-Mitglieder aus dem Sozialbereich mitarbeiten, machte die Entwicklung auf Facebook erstmals öffentlich. Gleichzeitig wurden die Caritas Wien Betriebsräte*innen

wurden die Berichte immer populärer. Viele Medien sprangen auf.

Dazu kamen zwei sehr kämpferische Betriebsversammlungen, auf denen vor allem auch „Sozial, aber nicht blöd“-Aktivist*innen vertreten waren. Dort wurde unter anderem das Ziel beschlossen, dass al-

le Kolleg*innen, auch die der Reinigung, bei der Caritas und im Caritas Kollektivvertrag bleiben sollen.

Für die akut betroffenen Kolleg*innen wurden zwar einige Verbesserungen erreicht, ein Erfolg des öffentlichen Drucks. Mit Streiks hätte wohl einiges mehr erreicht werden können. Zukünftige Caritas Reinigungskolleg*innen sollen aber bei „Magdas“ zu schlechteren Bedingungen angestellt werden. Diese Kolleg*innen gilt es in einem mit gemeinsamen Einsatz und Aktionen in die Caritas und den Caritas-KV zu holen. „Sozial, aber nicht blöd“ wird dran bleiben.

Michael Gehmacher

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

+ Frauenstreik

Am 14.6. kam es nach 28 Jahren zum 2. Frauenstreik in der Schweiz. Unterstützt von Gewerkschaften und politischen Organisationen demonstrierten 500.000 Frauen und auch Männer im ganzen Land. Die hohe Beteiligung gelang durch Mobilisierung regionaler Komitees. Die Dynamik zeigt die Bereitschaft, sich für die Rechte von Frauen einzusetzen. Doch weder werden die Firmen nach einigen Stunden Streik die Löhne erhöhen, noch

die Regierung die frauenfeindliche Durchlöcherung sozialer Rechte beenden. Der Streik darf kein symbolisches Ereignis bleiben. Es darf dabei nicht stehen geblieben werden und v.a. nicht die Verantwortung an die Spitzen der Gewerkschaften und „fortschrittlichen“ Parteien übergeben werden. Der nächste Schritt ist ein längerer Streik, der ganz bewusst alle einbindet, die von Unterdrückung und Ausbeutung betroffen sind.

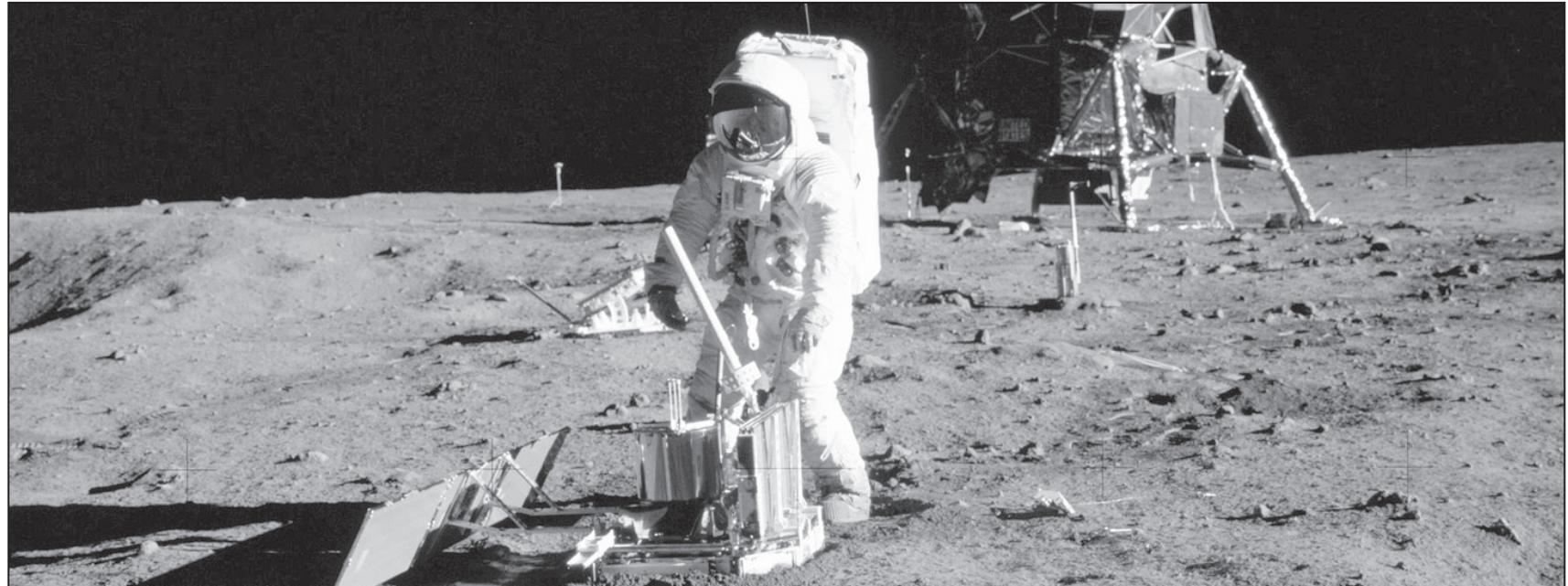
+ Streik gegen Belästigung

In Südafrika zeigten 290 Arbeiter*innen der Lanxess-Chrommine nahe Rustenberg, wie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bekämpft werden kann. Hintergrund: Eine Arbeiterin war von einem Manager sexuell belästigt worden, doch Lanxess ignorierte ihre Beschwerde. Nun nahmen die Arbeiter*innen die Sache selbst in die Hand. Unterstützt wurden sie von der Gewerkschaft NUMSA. Sie streikten 19.6. bis 27.6. - in der Mine! Eine Woche

hielten sie die Mine besetzt, ohne Nahrung oder sauberes Wasser. Zusätzlich waren sie den giftigen Chromdämpfen ausgesetzt. Das Management versuchte, den Streik zu sabotieren, indem es der Mine den Strom abstellte und sie damit in Lebensgefahr brachte. Doch der harte Kampf wurde gewonnen: Die Firma muss nun eine externe Untersuchung des Falles zulassen und darf sich nicht in die Ermittlungen einmischen.

- Fauler KV

Nachdem 2018 am Bahnstreik niemand vorbeikam, hat die Gewerkschaft bei den KV-Verhandlungen dieses Jahr still und heimlich einen faulen Kompromiss geschlossen: Nur 0,9% liegt der Abschluss über der Inflation. Vor allem Junge schauen durch die Finger: zusätzliche Urlaubstage gibt es erst ab 15 Dienstjahren. In den Werkten und auf der Schiene wurden die Kolleg*innen über den Stand der Verhandlungen komplett im Dunkeln gelassen.



50 Jahre Mondlandung

Im Juli 1969 setzten die US-Amerikaner Armstrong und Aldrin als erste Menschen ihre Füße auf den Mond. Während für Millio-

seits war die Raumfahrt ein Bereich, wo ehemalige Nazi-Ingenieure (z.B. Werner von Braun) Zuflucht und Amnestie finden konnten –

Houston, wir haben ein Problem: Den Kapitalismus.

nen Menschen Science Fiction wahr wurde, sollte es auch der erste Schritt zur Eroberung des Weltalls sein.

Die TV-Bilder der ersten Schritte am Mond beschlossen ein Jahrzehnt des Wettkampfs zwischen den USA und der Sowjetunion. Die Wissenschaft (Weltraumforschung, Software-Entwicklung, Solarenergie, Satelliten-Technik) profitierte nachhaltig vom 'space race' im Kalten Krieg. Einer-

tatsächlich auf beiden Seiten. Andererseits erkämpften sich zunehmend Frauen wichtige Plätze in Forschung & Technik, was die aufkommende Frauenbewegung der 60er Jahre widerspiegelte. Ohne der genialen Software von Margaret Hamilton wäre es wohl zum Abbruch der Apollo 11-Mission gekommen.

Doch sowohl den US-Eliten als auch der stalinistischen Bürokratie ging es

primär um Militär-Strategie und Prestige im Kalten Krieg. Der erste Satellit, der erste Affe/Hund/Mensch im All, die erste harte Mondlandung ... und dann der erste Spaziergang am Mond. Es war ein Propaganda-Wettkampf, in dem über den technischen Fortschritt die Überlegenheit des jeweiligen Systems bewiesen werden sollte. Dabei fuhr die UdSSR zwar mehr Einzelsegeln (Sputnik, Lajka, Gagarin sowie Valentina Tereschkowa als erste Frau im All), aber eben nicht den Hauptpreis.

Obwohl die Mondlandung den Sieg des Kapitalismus symbolisierten sollte, beweist sie doch das Gegenteil. Der "sich selbst regulierende" 'freie Markt' hätte im 60er-Jahrzehnt niemals die

Unsummen stemmen können (bzw. wollen), die der US-amerikanische Staat in Form von Subventionen in die NASA pumpte. 1964 betrugen diese nämlich mehr als 5% des gesamten Haushaltes! Das entsprach 200 Milliarden im Jahr 2017.

Nach der Mondlandung und auch nach dem Zusammenbruch des Stalinismus wurde es still (noch stiller) im Weltall. Seit einigen Jahren entdecken jedoch milliardenschwere Kapitalist*innen das All und starten einen neuen Wettkampf. Elon Musk (Tesla) träumt davon, mit seinem Unternehmen Space-X den Mars zu besiedeln. Und auch Jeff Bezos (Amazon) will mit „Blue Origin“ Güter und Tourismus in den Weltall bringen. Während

diese düsteren Gestalten die Arbeiter*innen ihrer Unternehmen auspressen, präsentieren sie sich als schillernde Weltraum-Eroberer. Ja, die Ingenieurskunst (z.B. wieder-landende Raketen) ist beeindruckend und die Idee packend, das Weltall zu besiedeln. Doch dafür braucht es keine Großkonzerne-Bosse, die auf diesem Planeten unsere Existenzgrundlage zerstören. Dafür braucht es eine Welt frei von Armut, Krieg, Klimakrise und Hunger. Der Kapitalismus ist für die Zerstörung unseres Planeten verantwortlich. Mit diesem System wird die Menschheit keine interplanetarische Zivilisation gründen, sondern zu einer Spezies, die vom Aussterben bedroht ist.

Stefan Greller

Die letzten Tage der Menschheit und die letzten Cent im Börsel

Den zweiten Sommer in Folge inszeniert Paulus Manker Karl Kraus' Abrechnung mit dem 1. Weltkrieg, „Die letzten Tage der Menschheit“, in der Serbenhalle nahe Wiener Neustadt. Das gesamte Stück gilt als unaufführbar. Doch mit über der Hälfte der insgesamt 220 Szenen ist Mankers Inszenierung die bis jetzt umfassendste und spektakulärste: Es gibt keine Bühne, am ganzen Gelände spielen sich Szenen ab, oftmals parallel.

Man muss sich entscheiden: Geht man ins Lazaret, wo der Arzt Verwundete quält, als „Tachinierer“ beschimpft und „fürs Vaterland“ zurück an die Front schickt? Oder in den schummrigen Salon, wo kriegsbegeisterte deutsch-nationale Burschenschafter ihre Lieder absingen? Es ist der Inszenierung anzurechnen, dass sie im Gegensatz zu den meisten anderen kein Gewicht auf die Szenen, die fast schon Slapstick-Charakter ha-

ben, legt – auch wenn die Frage an den „Ober-Bombenwerfer“, wie das mit dem „Bomben owa werfen“ ist, nicht fehlen darf. In den Vordergrund treten hier aber die Herrschenden, die Kriegshetzer, die Profiteure des Krieges, die „den Weltmarkt in der Ritterrüstung erobern“ wollten. So etwa der Fabrikant, der sich mit dem Militär darüber unterhält, wie man „diese Gewerkschaftshunde“ loswird. Unter dem Bombast der Inszenierung

leidet zwar die sprachliche Genialität von Kraus, doch die Verkommenheit der Herrschenden Klasse, ihres Kriegs und ihrer Presse wird umso greifbarer.

Der Haken: Auch wenn jede Vorstellung ausverkauft ist, ist das siebenstündige Spektakel für die allermeisten nicht zugänglich. Tickets kosten unglaubliche 145€ – kein Wunder, wenn es bei Produktionskosten von 450.000€ nur 728,75€ an öffentlichen Förderungen

durch die ÖVP-dominierenden Stellen gibt. Kraus selbst organisierte zeitlebens Aufführungen der „Letzten Tage“ übrigens meistens für Arbeiter*innen im sozialistischen Rahmen: in Wien, Prag, aber auch im New Yorker „Labor Temple“. Auch heute sollten solche Aufführungen im Interesse der Arbeiter*innenbewegung sein – denn dem bürgerlichen Kunstbetrieb sind sie offenbar keine Förderung wert.

Our Pride Is Political!

Der vergangene „Pride-Month“ stand im Zeichen der Straßenschlachten von 1969 in der Christopher Street, bei denen sich sexuelle Minderheiten gegen homophobe und rassistische Razzien in New Yorker Schwulen- und Transbars wehrten.

Der radikale Ursprung der Massenbewegung wird heute oft vom Party-Charakter der Pride-Paraden verdeckt. Die queere Community kann 50 Jahre nach den Aufständen stolz auf viele Errungenchaften zurückblicken. Mit ihrem Wachstum weckt sie allerdings auch zunehmend die Profitinteressen des Kapitals. Wir als Sozialist*innen lehnen diesen Regenbogen-Kapitalismus ab. So wie auch die etablierten Parteien sind Großkonzerne nicht unsere Verbündeten im Kampf um LGBTQI+ Rechte, da sie an tatsächlichen Verbesserungen kein Interesse hegen. Coca Cola unterstützt beispielsweise die homophobe Politik des Königreichs Eswatini (Swasiland), während es sich gleichzeitig mit der Regenbogenfahne schmückt. Bürgerliche Parteien wie SPÖ und NEOS, die sich tolerant geben, schaden mit ihrer Kürzungspolitik im Wohnungs-, Sozial- und Gewaltpräventionsbereich LGBTQI+ Personen besonders, da diese überproportional hoch in der

Arbeiter*innenklasse vertreten sind.

Diese antikapitalistischen Schlussfolgerungen konnte die SLP besonders auf der 5000 Menschen großen Linzer Pride verbreiten, wo eine erfolgreiche Intervention gelang: 20 Aktivist*innen verliehen der Regenbogenparade mit Demosprüchen, Flugblättern, 100 verkauften Zeitungen und der starken Rede unseres Genossen und Pride-Mitarbeiters Jan Millonig am Pride-Hauptwagen eine sehr politische Stoßrichtung. In den Wochen zuvor mobilisierten wir mit vielen Verteilaktionen und Infotischen für die Pride und unseren antikapitalistischen Block. In Wien organisierte die SLP zum wiederholten Male eine Aktion gegen den sexistischen und homophoben „Marsch für die Familie“, der jedes Jahr am Tag der Wiener Pride stattfindet. In Graz trotzten unsere Genoss*innen und weitere 1500 Demonstrant*innen dem schlechten Wetter.

Auch das zunehmende Wachstum der Bewegung bestätigt die Notwendigkeit, den Kampf um LGBTQI+ Rechte weiterhin aufzugreifen und ihn mit dem Kampf für Sozialismus zu verbinden. Nur so können Menschen ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Geschlechtsidentität gleichberechtigt miteinander leben.

Sarah Lammer



Zu Land & zu See: Solidarität!

Anfang des Sommers schlug die Verhaftung der Seenotretterin und SeaWatch-Kapitänin Carola Rackete hohe Wellen. Ihr Verbrechen:

len mit einer Spontandemo zum Café Toma-selli und zur Residenz begleitet. „Gut, dass ihr das macht!“ stimmten uns viele Passant*innen

sind. Auf unseren Flugblättern machten wir klar, dass die Herrschenden und ihr System, der Kapitalismus, sowohl die Fluchtursachen in Afrika

Die SLP war Teil der erfolgreichen Proteste für die Freiheit von Seenotretter*innen.

Menschenleben retten. Nur kurz nach ihrer Verhaftung wurde der italienische Präsident, Sergio Mattarella, in Salzburg offiziell empfangen.

Spontan versammelten sich bis zu 80 Menschen, um gegen die Verhaftung von Carola Rackete zu protestieren. Natürlich mit dabei: die SLP. Vom Mozart Geburtshaus wurden Mattarella und Van der Bel-

auf Deutsch und Italienisch zu. Auch in Wien fand eine Demonstration mit über 1.500 Teilnehmer*innen statt. Dort versuchten jedoch Politiker*innen von SPÖ und Grünen die Demonstration zu vereinnahmen. Wir stellten uns hingegen gegen alle bürgerlichen Parteien, die für Abschiebungen, Abschottung und das Sterben im Mittelmeer verantwortlich

als auch die Armut hierzulande schaffen. Deswegen forderten wir eine Verbindung von Kämpfen gegen Rassismus mit jenen für höhere Löhne und gegen Kürzungspolitik mit Beteiligung der Gewerkschaften.

Die internationalen Proteste waren letzten Endes doch erfolgreich: Kapitänin Carola Rackete wurde freigelassen!

Lukas Kastner

Aktiv gegen Klimakiller



Gut 30 Aktivist*innen folgten dem Aufruf der „Students for Climate Action“, einer Gruppe auf der WU Wien, für eine Protestaktion vor der OMV. Die OMV ist einer jener 100 Konzerne weltweit, die seit 1988 gemeinsam für 71% der Treibhausgase verantwortlich sind, und das sehr bewusst: „Eine Klimastrategie, die aus fossilen Energieträgern ganz aussteigen will, würden wir als OMV nicht unterstützen“ (OMV-Boss Rainer Seele).

SLP- und SfCA-Aktivist Philipp Chmel organisierte die Aktion und forderte in seiner Rede: „die Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle der OMV! Denn nur so ist es möglich, dass die Produktion von fossilen Brennstoffen gestoppt wird!“ Till Ruster, auch SLP, machte klar, dass es an der Zeit ist sich zu entscheiden: Menschheit retten oder Kapitalismus beibehalten, beides zusammen geht nicht.



Eine Cover-Story der Wiener Straßenzeitung Augustin berichtet über den Kampf der Reinigungskräfte bei der Caritas – und über die Rolle der von SLP-Aktivist*innen mitinitiierten Basisinitiative „Sozial, aber nicht blöd“. Die öffentliche Aufmerksamkeit zwang die Caritas-Geschäftsführung sogar dazu, eine eigene Stellungnahme als Kommentar unter einem „Sozial, aber nicht blöd“-Beitrag auf Facebook zu posten.

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Das Gespenst der Enteignung ist zurück

Die von SPD und „die Linke“ regierte deutsche Großstadt Berlin hat beschlossen, Mietobergrenzen einzuführen. Kurz darauf sackte der Aktienkurs der größten deutschen Wohnungseigentümerin „Deutsche Wohnen“ kräftig nach unten. Dem Beschluss ging eine von Hundert-

rung von Großunternehmen“. Als Beispiel nannnte er den Automobilkonzern BMW, der staatliche Subventionen in Milliardenhöhe bekommt, dafür umweltschädliche Autos herstellt, die Löhne seiner Beschäftigten drückt und massive Profite einstreicht. Mit einer Kollektivierung könnte

landen. Vor einer ausdrücklichen Unterstützung von Kühnerts Kollektivierungsforderung schreckte sie jedoch zurück.

Dennoch ließen panische Reaktionen deutscher und österreichischer Bosse und ihnen nahestehender Journalist*innen

tem ideologisch zu verteidigen. Das ist in dieser Form seit vielen Jahren nicht mehr der Fall gewesen.

Verstaatlichung ist populär. So sind etwa rund 60% der britischen Bevölkerung für eine Wiederverstaatlichung der unter Premierministerin Thatcher privatisierten Wasserversorgung. Weil die dort auf der Oppositionsbank sitzende Labour-Partei diese Forderung in ihr Programm aufgenommen hat, arbeiten die Wasserkonzerne laut Medienberichten von Ende April inzwischen an Strategien, um Enteignungen zu verhindern. Sie werden die Quelle ihres Profits und Reichtums nicht kampflos aufgeben.

Im Gegenteil wollen sie eigentlich munter weiter privatisieren. Straße setzte sich im Ibiza-Video dafür ein. Der öffentliche Sektor und das Gesundheitswesen sollen komplett „für den Markt“ geöffnet werden. Das war aus bürgerlicher

Sicht eine der Hauptaufgaben der nun vorzeitig zusammengebrochenen österreichischen Bundesregierung. Gleichzeitig unterstützen 70% der amerikanischen Bevölkerung die Forderung nach „Medicare for all“ - was indirekt eine Enteignung der privaten Gesundheitsversicherungskonzerne bedeuten würde.

Um diese Forderungen zu bekämpfen, bedienen sich bürgerliche Kräfte aus den untersten ideo-logischen Schubladen. Dem gilt es eine Debatte darüber entgegenzu-setzen, was die Begriffe „Enteignung, Kollektivierung, Verstaatlichung“ bedeuten, wie arbeitende Menschen dafür kämpfen und sie in einer sozialistischen Demokratie umsetzen können. Damit, wie eine demokratisch verwaltete Wirtschaft aussiehen könnte, beschäftigen sich die Artikel in diesem Schwerpunkt.

Christian Bunke

Die Begriffe Verstaatlichung und Vergesellschaftung sind wieder Teil der öffentlichen Debatte.

tausenden unterstützte Kampagne voraus, mit der die Enteignung dieses riesigen Immobilienkonzerns gefordert wurde. Diese Kampagne hat nun einen ersten Erfolg errungen.

Es liegt etwas in der Luft. Das merken inzwischen auch manche Jungpolitiker*innen. So forderte Kevin Kühnert, Chef der deutschen Jungsozialist*innen, unlängst die „Kollektivie-

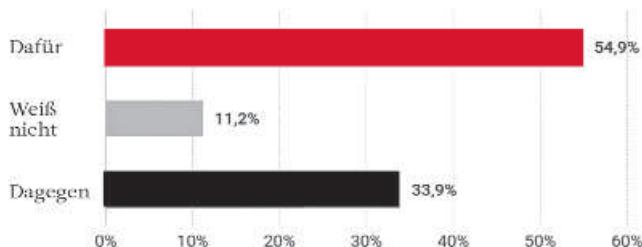
die Basis dafür geschaffen werden, dass die Ressourcen des Konzerns für das Allgemeinwohl eingesetzt werden.

Julia Herr, die Vorsitzende der „Sozialistischen Jugend“ in Österreich wollte da nicht hintanstehen. In einem Kurier-Interview bezeichnete sie das kapitalistische Wirtschaftssystem als „nicht demokatisch“ und kritisierte, dass Gewinne „in den Händen einiger weniger“

nicht lange auf sich warten. Einer von ihnen ist Nikolaus Jilch, der in der Tageszeitung „die Presse“ zum Generalangriff bläst. Einzig der Kapitalismus garantiere Freiheit, die Marktwirtschaft brauche den Austausch von Ideen wie einen Schluck Wasser, deshalb fördere sie sogar ihre Kritiker*innen. Die Befürworter*innen der profitorientierten Wirtschaftsweise sind wieder gezwungen, ihr Sys-

Enteignung ist populär

Rund um den Kampf der Initiative "Deutsche Wohnen & Co enteignen!" für leistbaren Wohnraum sprachen sich in einer Umfrage im Jänner eine Mehrheit der Berliner*innen für die Enteignung von "Großvermietern" (3.000 Wohnungen und mehr) aus:



Quelle: repräsentative Umfrage des Instituts Civey im Auftrag des Tagesspiegels, 21.12.2018 - 7.1.2019, vgl. Tagesspiegel.de, 8.1.2019

Zahlen und Fakten

► Bosse brauchen

Arbeiter*innen – Arbeiter*innen brauchen keine Bosse. Hier sind nur einige Beispiele aufgezählt, in denen Arbeiter*innen selbst Kontrolle und Verwaltung von Betrieben übernommen haben. Um das tatsächliche Potential zu entfesseln, braucht es jedoch eine revolutionäre Umwälzung der Produktionsweise, denn sonst sind diese Inseln dazu verurteilt, im kapitalistischen Meer zu versinken.

► Russland 1917

Arbeiter*innenräte („Sowjets“) übernehmen die Wirtschaft und politische Macht im Land, leiden aber unter dem Bürger*innenkrieg und fallen schließlich dem Stalinismus zum Opfer.

► Deutschland und Österreich 1919

Nach den Kriegswirren wurden viele Betriebe von Räten übernommen. Eine Revolution wie in Russland blieb wegen dem Einfluss der Sozialdemokratie aus.

► Spanien 1936–1939

Während dem Bürgerkrieg gegen die Faschisten gelangten zahlreiche Firmen, von Öffis bis zu Restaurants, unter die Verwaltung von Räten oder Gewerkschaften.

► Argentinien seit Mitte der 1990er

Eine schwere Wirtschaftskrise führte zu einer Pleitewelle bei Unternehmen. 350 Betriebe, von

Fabriken bis Hotels, werden seither von ihren Arbeiter*innen selbst verwaltet.

► Eleftherotypia (Griechenland)

Die griechische Zeitung ging 2012 pleite und wurde von den Angestellten als Journalistenzzeitung erfolgreich weitergeführt.

► Mondragon (Spanien)

Das siebtgrößte Unternehmen Spaniens mit 75.000 Angestellten ist eine Föderation von über 100 Genossenschaften, in deren Leitung Arbeiter*innen demokratisch eingebunden sind.

► Officine Zero (Italien)

Als der italienische Betrieb für Instandhaltung von Schlafwägen 2012 schloss, besetzten ihn 20 Mitarbeiter*innen und betreiben ihn seither als Reparaturwerkstatt weiter.

► Ri-Maflow (Italien)

Der ehemalige Mailänder Autoteilezuliefering ging 2011 pleite. Arbeiter*innen und Unterstützer*innen übernahmen das Projekt und reparieren Haushalts- und IT-Geräte.

► Vio.me (Griechenland)

Die Baustofffabrik in Thessaloniki (Griechenland) wurde 2011 im Zuge der Wirtschaftskrise geschlossen. Die Arbeiter*innen übernahmen den Betrieb, produzieren seither unter anderem Waschmittel und wehren sich seither gegen Zwangsversteigerung der Fabrik.

Die Frage, in wessen Händen das Eigentum an Produktionsmitteln (Rohstoffe, Maschinen, Land, Immobilien) liegen sollte, stellt den zentralen Konflikt in dieser sozial zerissen Gesellschaft dar. Im frühen 19. Jahrhundert mag es noch den visionä-

von Vermögen und Steuerergeschenke. Tatsächlich ist alles bereits durch die kollektivistischen und weltumspannenden Tendenzen dominiert, die sich im Laufe des Kapitalismus selbst Bahn gebrochen haben. Die permanente und für uns 'normal' wirken-

ne soziale (Un-)Ordnung treffen. Das ist die Lunte, die so schnell wie möglich ausgetreten werden muss. Doch sie wird immer neu angefacht werden.

Wir müssen den nun wieder aufkommenden Ideen von Enteignung und Vergesellschaftung eine sozialistische und revolutionäre Richtung geben. Ansonsten droht ein in der Geschichte der Arbeiter*innen-Bewegung bereits bekanntes Konzept der Niederlage: Dem unangetasteten Kapitalismus wird – gleichsam als Ventil und Spielwiese – eine Insel der Genossenschafts-Seligkeit beiseitegestellt. Die Verbreiterung der Besitzstruktur eines Betriebes unter kapitalistischen Bedingungen ändert nichts an struktureller Ausbeutung menschlicher Arbeit sowie dem Profit-Zwang. Genossenschaften können sich selbst durch das bestgemeinte Engagement nicht vom Markt loslösen.

Auf solche Ideen reagieren das Kapital und seine Medien derzeit panisch. Sie ahnen wohl, wie schnell angesichts der Arm-Reich-Schere und sinkendem Lebensstandard der arbeitenden Massen Bewusstsein und Stimmung umschlagen können. Für immer mehr Menschen werden die Fragen von Eigentum an Produktionsmitteln, des Wohnungsmarktes, des Klimawandels und der betrügerischen Autoindustrie etc. immer stärker in den Mittelpunkt rücken. Die Wut wird das Establishment und sei-

Es gibt keinen gesamtgesellschaftlichen Sinn des kapitalistischen Wirtschaftens.

ren Unternehmer-Typus gegeben haben, der Unfassbares riskiert und die Gesellschaft weiterbringt. Er stellt sein Leben in den Dienst des Fortschritts und wird aufgrund des Erfolges reich entlohnt. Ihm wurde so manches Denkmal gesetzt (dabei meist die beteiligten ausgebeuteten Arbeiter*innen und ihre Leistungen verdrängend). Doch heute bringen die 'Eliten' nichts mehr Bedeutungses ein: Worin liegt die Leistung eines Telekom-Milliardärs? Welche Vision hat die Bahn-Erbin? Wie bringt man mit Immobilien-Spekulation die Gesellschaft weiter? Alles, was die Kapitalist*innen als 'ihre Leistung' ausgeben, ist gesellschaftlich erarbeitet worden. Die Entwicklung von Werkzeugen, Technik, Chemie, Medizin: Kollektive Arbeit unter Einbindung ungezählter Menschen. Heutige Erfindungen und Ideen basieren alle auf bereits vorhandenen Leistungen anderer. Der Rest: Vererbung

Enteignung an sich gibt es auch im kapitalistischen Staat. Meist trifft es Landbesitz beim Bau von Infrastruktur oder Verkehrsflächen. Auch bewegliche Sachen können laut Gesetz eingezogen werden. Als Rechtfertigung wirkt meist das 'Allgemeinwohl'. Mangelt es dem bürgerlichen Staat nun lediglich an der nötigen Konsequenz, dieses 'Allgemeinwohl' auf Ausbeutung, Mietwucher und krisen-verursachende Banken auszuweiten? Durchaus, aber nicht nur. Ein Problem liegt darin, was der bürgerliche Staat

Enteignung und Verstaatlichung unbedingt, aber

d g – r richtig!

unter 'Allgemeinwohl' tatsächlich versteht. In Extremsituationen greift der Staat im Gesamtinteresse des Kapitals zu besonderen Mitteln. Infolge der Krise 2007/8 war dies die Vergesellschaftung der Schulden ('Bad Bank'). In Kriegszeiten sind Enteignung und Verstaatlichung mitunter lebensnotwendig, um den Zusammenbruch des Systems zu vermeiden. Der

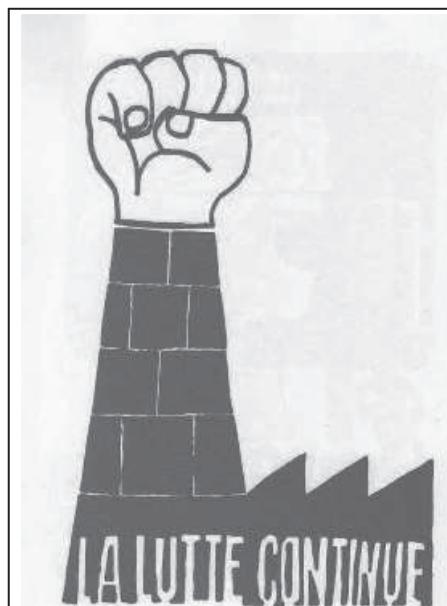
den dar. Natürlich sind, solange die grundlegenden Eigentumsverhältnisse nicht angetastet werden, Kompromisse möglich; v.a. wenn entschlossene Massenbewegungen diese dem Staat abringen. Daraus jedoch abzuleiten, der bürgerliche Staat wäre vollends von unten zu kontrollieren und dementsprechend der ideale Eigentümer für die Gesell-

Ja zu Enteignung & Verstaatlichung im Rahmen einer echten Demokratie und der völligen Umwälzung des Staates.

Staat agiert als 'Gesamtkapitalist'; mal zurückhaltend, mal offener. Neoliberale Angriffe bei gleichzeitig beherztem Eingreifen des 'starken Staates' stellt für die Mehrheit der Besitzenden keinen Widerspruch dar. Entscheidend bei alldem ist der Klassencharakter: In wessen Interesse wird etwas enteignet? Wer kontrolliert, was damit geschieht? Ändert eine Verstaatlichung etwas an den Prinzipien von Lohnarbeit, Profitlogik und Konkurrenz?

Der Staat und seine Einrichtungen sind den sozialen Klassen gegenüber niemals neutral. Wirtschaftssystem und Staatswesen gehen Hand in Hand. Die bürgerliche Politik stellt ein Verbindungselement zwischen staatlicher Bürokratie und den Besitzen.

Ein vollständiger Bruch mit dem Staat, wie wir ihn kennen, ist unumgänglich. Neben der aktiven Einbindung möglichst vieler Betroffener von Orts- und Stadtteil-Level aufwärts muss gerade im



Bereich von Exekutive und Militär sichergestellt sein, dass keinerlei eigenständiger Apparat, der sich ideologisch sowie finanziell den Interessen des (ehemaligen) Besitzbürgertums verpflichtet sieht, dem gesellschaftlichen Fortschritt und der vollständigen Umwandlung, die eine soziale Revolution mit sich bringt, im Wege stehen kann. Somit wäre der Staat, dem wir das Vertrauen zugestehen, die vollständige Ablösung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft durchführen zu können, schon „kein Staat im eigentlichen Sinne“ (Engels 1872) mehr. Es wäre hingegen die umfassendste geordnete und transparente Selbstermächtigung der bislang niedergehaltenen Produzent*innen. Die arbeitenden und bislang erwerbsarbeitslosen Massen wären nicht nur aufgrund ihrer Vielzahl in der Lage, die Gesellschaft zu führen; entscheidend sind die vorhandenen und gegenwärtig weitgehend ungenutzten Kompetenzen, die Problemeinsicht und Befähigung für nachhaltige Solidarität. Nur so kann sich das volle Potential von Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung entfalten. Eine sozialistische nicht-profit-orientierte Wirtschaft muss 1) im Gemeineigentum stehen, das 2) räte-demokratisch abgesichert sein und 3) auf regionaler, überregionaler und internationaler Planung und Koordination fußen.

Franz Neuhold



Marx aktuell

Die **Vergesellschaftung** der Schlüsselindustrie & großen Banken – ihre Überführung in die Hände der Arbeiter*innen – ist die höchste Stufe des Klassenkampfes und Grundbedingung einer geplanten Bedürfniswirtschaft. Die Enteignung von Großkapital & Großgrundbesitz war auch die wirtschaftliche Grundlage der Sowjetunion, des ersten Arbeiter*innenstaats der Welt. Sobald aber die Räterepublik im Zuge von Kriegskommunismus, nationaler Isolation, „Neuer ökonomischer Politik“ (NÖP) & Bürokratisierung abgebaut war, erodierte auch die ökonomische Basis des nunmehrigen „Sowjetstaats ohne Sowjets“. Die Linke Opposition um Trotzki setzte auf verstärkte Industrialisierung, um Wirtschaft & Arbeiter*innendemokratie wiederzubeleben. Doch die Clique um Stalin drängte gemeinsam mit Bucharin auf eine Fortführung der marktwirtschaftlichen Maßnahmen der NÖP. „Mehr privat, weniger Staat!“

Vergesellschaftung & Rätemacht statt Stalinismus & Reformismus

lautete die Devise. Als Stalin 1928 den ersten Fünfjahresplan einführte, war es bereits zu spät: Stalin hatte sich zum Anführer des neuen Mittelstandes & der bürokratischen Kasernen im Staatsapparat erhoben, die allesamt weder ein Interesse an Demokratie noch an einem Absterben des Staates hatten. Gleichzeitig waren das Gemeineigentum an Produktionsmitteln sowie die Strahlkraft der Oktoberrevolution so stark, dass die großflächige kapitalistische Restauration erst Ende der 1980er Jahre am Plan stand.

Zugleich bot auch der Reformismus keine Alternative zum Stalinismus. Die Geschichte der Verstaatlichten in Österreich beweist, dass es im Kapitalismus große Unternehmen ohne privatkapitalistische Eigentümer*innen geben kann. Reformistische Sozialdemokratie & bürgerlicher Staat ersetzten hier die zu schwache Kapitalist*innenklasse. Die Industrie – das „Gemeineigentum“ – gehörte jedoch nur am Papier der Bevölkerung. Produziert wurde für einen kapitalistischen Markt & nach den Regeln der Profitlogik. Dieses Konzept – wie es auch Kautsky, Bauer & Co. vertraten, die von einem „demokratischen“ Hinüberwachsen des Monopolkapitalismus in den Sozialismus träumten – hat mit echter Arbeiter*innenkontrolle nichts zu tun. Das machte der italienische Marxist Antonio Labriola schon 1895 klar:

„Es ist besser, von demokratischer Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu sprechen, als vom Gemeineigentum, weil dieses einen gewissen theoretischen Irrtum einschließt. Erstens insofern, als es an die Stelle der wirklichen ökonomischen Tatsache einen juristischen Ausdruck setzt und dann, weil es, in dem Geiste mancher, mit der Vermehrung der Monopole, mit der wachsenden Verstaatlichung der öffentlichen Dienste oder mit all den anderen Phantasmagorien [Wunschvorstellungen, Anm.] des immer wieder auftauchenden Staatssozialismus [also auf Basis des bürgerlichen Staats, Anm.] zusammenfällt, dessen ganze Wirkung darin besteht, die ökonomischen Mittel zur Unterdrückung in den Händen der Unterdrückerklassen zu vermehren.“

Pablo Hörtner

Zum Weiterlesen

Antonio Labriola:

"Drei Versuche zur materialistischen Geschichtsauffassung"
Karl Dietz Verlag, Berlin 2018



Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt

Als um die Jahrtausendwende der argentinische Kapitalismus wie ein Kartenhaus zusammenbrach, reagierten die Arbeiter*innen mit einem Massenaufstand, der mehrere neoliberalen Regierungen wegwarf. Im Zuge dieses „Argentinazo“ enteigneten sie auch über 1.200 Unternehmen – durch Besetzungen oder weil die Unternehmer*innen sich schon davor aus dem Staub gemacht hatten. Sofort wa-

senbewusstsein entwickelten, kämpften sie aus diesem Grund für eine Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle sowie für die Enteignung ohne Entschädigung“. So zum Beispiel die Arbeiter*innen der Fabrik Brukman, die 2003 erklärten:

„Wir sind nicht damit einverstanden, ein zum Scheitern verurteiltes ‚Mikrounternehmertum‘ zu akzeptieren [...] Wir sind

bewusst in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung miteinbezogen sein. Doch warum wehrte sich der Staat, der doch vorgibt, Vertreter dieses Gesamtinteresses zu sein, dagegen? Die Forderung nach Verstaatlichung unter Arbeiter*innenkontrolle ermöglichte es den Arbeiter*innen somit, ihren wirtschaftlichen Kampf in einen politischen zu erweitern: Denn um die Pro-

ein dem täglichen Kampf um Märkte ausgesetzt waren, während die wichtigen Entscheidungen aus den Büros der Ministerien kamen. Sie empörten sich: „Die Kooperative fördert den Kapitalismus, denn sie wurde als Teil von diesem kapitalistischen System geschaffen [...] Wir haben doch nicht einen Kapitalisten rausgeschmissen, um 60 neue hereinzuholen!“

Dass Arbeiter*innen keine Kapitalist*innen brauchen, um wirtschaftliche und politische Prozesse effektiv zu gestalten, haben sie in den letzten 150 Jahren immer wieder bewiesen. Die Pariser Kommune 1871 verwirklichte durch ihre Rätestruktur den „schlanken Staat“, worauf Marx süffisant hinwies. Im Zuge der Entwicklung der Sowjets übernahmen die Arbeiter*innen in der Russischen Revolution die Produktion unter den Bedingungen von Weltkrieg und wirtschaftlicher Zerrüttung. Mittels ihrer revolutionären Partei, den Bolschewiki, machten sie die Sowjets zum Zentrum des ersten Arbeiter*innenstaats. In den durch Durutti Milizen befreiten Gebieten im Spanischen Bürger*innenkrieg stieg die Agrarproduktion dank demokratischer

Kollektivierung des Landes um 30-45%. Zwischen 1968 und 1980 erschütterten Kämpfe um Arbeiter*innenkontrolle nicht nur Frankreich, Britannien und Italien, sondern auch das stalinistische Polen.

All diese Erfahrungen, kombiniert mit jenen aus Lateinamerika in den letzten 20 Jahren, müssen wir heute mehr denn je mobilisieren. Die Klimakatastrophe können wir nur bekämpfen, wenn wir die gesamte weltweite Produktion den Klauen des Kapitals entreißen und sie nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt planen. Die neuen Technologien bieten uns dafür Mittel, von denen die Revolutionär*innen des vergangenen Jahrhunderts nur träumen konnten. Per Touchscreen lassen sich heute global Produktion, Verteilung und Konsum aufeinander abstimmen. Wir, die Arbeiter*innenklasse, die an allen Knotenpunkten dieses unendlich verzweigten Netzes verortet ist, haben das Potential, diese Prozesse durch demokratische Strukturen zu verwälten. Doch dafür müssen wir die Macht des Kapitals und seines Staates brechen. Vom Erfolg dieses Kampfes hängt die Zukunft der Menschheit ab.

Sebastian Kugler

Der Kampf um Verstaatlichung unter Arbeiter*innenkontrolle ist der Kampf um eine demokratisch geplante Wirtschaft.

ren die Arbeiter*innen mit der Frage konfrontiert, was nun mit den Unternehmen geschehen sollte. Manche entschieden sich dafür, es als Genossenschaft weiterzuführen. Doch das bedeutete nicht nur, dass sie nun dieselben vom kapitalistischen Markt diktierten Entscheidungen zu treffen hatten, wie ihr Boss zuvor – sondern auch, dass sie als „Eigentümer*innen“ ihren rechtlichen Status als Arbeiter*innen verloren, und damit verbundene Rechte und Sicherheiten. „In den Fabriken“, so die Historikerin Marina Kabat in ihrer Studie über die Bewegung, „in denen die Arbeiter ein höheres Klas-

qualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter. Es kann nicht sein, dass die Politiker unsere Erfahrung als Arbeiter, die in den Dienst der argentinischen Gesellschaft gestellt werden kann, mit Füßen treten. In unserem Land gibt es 19 Millionen Arme und Bedürftige und Mängel aller Art. Unsre Fabrik kann Teil der Lösung sein und ist nicht ein Problem, wie diese Herren Politiker es erachten, die auf einem anderen Planeten zu leben scheinen.“

Damit formulierten diese Arbeiter*innen eine wichtige Perspektive: Ihre Fabrik sollte kein Selbstzweck wie ein kapitalistisches Unternehmen sein, sondern

duktion der Fabrik mit den Interessen der Gesellschaft zu koppeln, bräuchte es einen Staat, der in den Händen der Arbeiter*innen selbst ist. Diese Erfahrung machten auch die Arbeiter*innen der venezolanischen Fabrik Inveval, die 2005 mit einem Dekret von Chavéz enteignet wurde. Die Arbeiter*innen kämpften für Verstaatlichung unter ihrer Kontrolle. Nach langem hin und her wurde Inveval eine Aktiengesellschaft, die zu 51% dem Staat und zu 49% den Arbeiter*innen als Genossenschaft gehörte. Doch das bedeutete, dass die Arbeiter*innen, nun als „Teilhaber*innen“ weiter-

„Unpolitische Bewegung“? – Gibt's nicht!

Fridays for Future (FFF) hat sich seit dem ersten Streik in Österreich vehement gegen eine Vereinnahmung von außen, sprich von Parteien und Konzernen gewehrt. Während zweiteres absolut korrekt und notwendig ist, kann ersteres aber auch zur gefährlichen Schlussfolgerung führen, dass FFF „unpolitisch“ sein müsse.

Eine Bewegung, die von sich sagt, dass sie unpolitisch ist, belügt sich selbst. Jede Bewegung politisch, die Frage ist nur, wie sie sich positioniert. Außerdem haben die Demonstrant*innen und Aktivist*innen nie Scheu, sich mit politischen Ideen auseinanderzusetzen – die oftmals selbsternannte „Führung“ jedoch umso mehr. FFF Linz zum Beispiel ist bei jedem Streik gegen eine Intervention der SLP vorgegangen. Es wurde sich zwar ein Megafon von der SLP ausgeborgt, aber dieses wurde säuberlich mit einem Handtuch abgedeckt um Antikapitalismus keinen Platz zu geben. Nachher wurden Fotos mit den Grünen gemacht. FFF Gmunden gibt sich auch unpolitisch, lässt sich aber gemeinsam mit dem Bürgermeister (ÖVP) ablichten.

Die Furcht vor Vereinnahmung durch die Politik

Peter Hauer

ist nicht unbegründet. Aber hat diese Vereinnahmungen nicht bereits stattgefunden, wenn man sich vehement gegen sozialistische Inhalte wehrt, aber mit der etablierten Politik gemeinsame Sache macht? Ein echter Schutz gegen eine Vereinnahmung von Außen wäre, wenn man die politischen Ideen gegeneinander antreten lässt. Nur durch transparente demokratische Regeln kann man eine Vereinnahmung verhindern. Durch solche Regeln kann abgesichert werden, dass im Sinne der Aktivist*innen und nicht irgendwelcher Organisationen gehandelt wird. Wenn man eine solche Freiheit der Debatte zulässt, entsteht ein Wettbewerb, welche Analyse und welche Taktik die Beste ist. Nur daran kann eine Bewegung wachsen. Gibt es solche demokratischen Regeln nicht, kann eine Bewegung vereinnahmt werden – und das ist ja bereits passiert. Das konnte man bei verschiedenen FFF-Treffen sehen, wo von Parlamentsparteien versucht wurde, FFF für Wahlkampfzwecke zu gebrauchen. Die neuen FFF-Statuten sind ein erster Ansatz. Doch wir brauchen eine demokratische Debatte über sozialistische Ideen in der Bewegung, weil wir nur mit ihnen den Klimawandel stoppen können!

Peter Hauer



Sommer, Sonne, Sozialismus

Zwei klare Trends werden immer offensichtlicher: Die Sommer werden im-

ten Berge versuchen wir den Spagat aus Spannung und Entspannung: Es gibt

onsrunde und mal am Lagerfeuer oder Mittagstisch diskutiert und gefragt werden kann.

Energie tanken für den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft am SLP-SommercAMP.

mer heißer und die politischen Entwicklungen immer schneller und intensiver. Als SLP haben wir eine Antwort darauf gefunden: Unser SommercAMP am Turnersee/Zablaško Jezero in Kärnten/Koroška. Gut untergebracht in einem Bungalow-Park mit See-Zugang, Volleyball, Tischtennis, Grillplatz, Fußball und inmitten der schöns-

ten Zeit fürs Baden etc. und gutes Essen, aber es gibt auch Debatten und Arbeitskreise zu brennenden aktuellen, theoretischen und historischen Fragen aus der internationalen Arbeiter*innenbewegung. Mit Gästen aus einer Reihe von Ländern ergibt sich so eine Mischung, in der mal am Podium, mal in der moderierten Diskussi-

Das Camp richtet sich an alle, die sich dafür interessieren, wie wir die Welt aus den Angeln heben können. Der Platz ist sehr gut auch für Kinder geeignet und während der Arbeitskreis-Phasen wird es ein eigenes Kinder-Programm geben. Mit 185€ bzw. 155€ für Menschen ohne Einkommen und natürlich günstigeren Kinderpreisen bist du dabei! Anmelden und weitere Infos unter till@slp.at, Fotos der letzten Jahre finden sich auch beim Facebook Event SLP SommercAMP 2019.

International kämpfen – gemeinsam siegen!

Ich bin seit meinem 14. Lebensjahr in sozialistischen Zusammenhängen politisch aktiv und habe mich früh für die erfolgreichen Kämpfe der Arbeiter*innenbewegung interessiert. Mein historisches Interesse mündete rasch in die Notwendigkeit, auch im Hier und Jetzt gegen Ausbeutung, gegen Unterdrückung und für eine klassenlose Gesellschaft zu kämpfen. Einen solchen

Kampf gilt es international und mit Gleichgesinnten zu führen. Es ist mir daher wichtig, in einer Organisation aktiv zu sein, die in eine Internationale eingebettet ist. Gegenseitiges Lernen, einander zu unterstützen und politische Kämpfe solidarisch und kritisch zu begleiten, ist eine Stärke, derer sich die SLP und ihre Internationale bewusst sind. Ich habe die SLP und ihre Arbeit in den letzten Jahren intensiv

beobachtet, mich immer wieder an Aktionen beteiligt und mit Aktivist*innen verschiedene Themen diskutiert. Nachdem ich bei den Sozialismustagen 2019 in Berlin internationale Genoss*innen kennengelernten durfte, fasste ich den Entschluss, der SLP beizutreten und fortan gemeinsam mit Verbündeten für eine andere Welt zu kämpfen.

Stefanie Klamuth, 37

Kopf des Monats



Ramy ist Mitglied von Socialist Alternative, der US-Schwesterorganisation der SLP, und Arbeiter beim Möbelversand Wayfair. Im Juni streikte er mit hunderten Kolleg*innen, weil das Unternehmen Trumps Internierungs-Camps an der mexikanischen Grenze beliefert. In Boston organisierten sie eine öffentliche Streikkundgebung.



Türkei: Die kommende Krise

Finanz- und Schatzminister Berat Albayrak (der nebenbei Erdogans Schwiegersohn ist) meinte vor dem Sommer, er sehe „Licht am Ende des Tunnels“ für die türkische Wirtschaft. Doch dieses Licht kann nur das eines entgegenkommenden Zuges sein.

Die wirtschaftliche Lage ist seit langem instabil.

Nach der Niederlage in Istanbul droht auch Erdogans wirtschaftliches Kartenhaus zusammenzubrechen.

Im August 2018 reichte ein Tweet von Trump, um eine große Währungskrise im Land auszulösen. Auslöser war der Streit über den in der Türkei inhaftierten amerikanischen Pastor Brunson und seine Freilassung. Schlagartig verlor die türkische Lira gegenüber dem US-Dollar 29% an Wert. Unter den Kapitalist*innen und ihrer politischen Vertretung machte sich Panik breit. Die türkische Zentralbank musste den Zinssatz massiv um 6 Prozent erhöhen, zum Missfallen Erdogans. Auch der Pastor wurde freigelassen. Kurzfristig trat Ruhe ein. Dennoch: Das war nur ein Vorgeschmack dessen, was passieren würde, wenn die erwartete Krise eintritt.

Die wirtschaftliche Depression trifft die Arbeiter*innenklasse bereits jetzt schon hart, besonders in Form der Teuerung. Die Jahresinflation liegt bei 20%, (2017: 8-9%). Bei Lebensmitteln betrug sie im April sogar 32%. Nach Angaben des Gewerkschaftsverbands Türk-İş liegt die Armuts-

(ein Plus von mehr als einer Million Menschen). Bei der Jugend liegt sie über 25%. Auch das Wirtschaftswachstum, das für die AKP immer ein Propagandainstrument war, ist zusammengebrochen: Von +7,4% 2017 auf nur +2,5% 2018. Alle Indikatoren zeigen weiteres Schrumpfen für 2019. Der IWF pro-

gen nach dem Ergebnis in Istanbul zunächst auf Eis. Nichtsdestotrotz: Wenn es um die Interessen des Kapitals geht, sind alle bürgerlichen Parteien, seien es CHP und İYİ Parti (eine Abspaltung der ultra-nationalistischen MHP) oder AKP und MHP, auf der selben Seite. Diese Einigkeit wurde noch am Wahlabend von allen Vorsitzenden der „Oppositions“-Parteien unmissverständlich zum Ausdruck gebracht: Der AKP wurde zugesichert, sie bei „richtigen“ Maßnahmen zu unterstützen.

Seitens der Linkspartei HDP war es zwar richtig, bei der zweiten Runde in Istanbul gegen die AKP aufzurufen. Hier gab es keine Alternative. Doch die HDP hatte schon vorauselend bei den gesamten Kommunalwahlen zugunsten von CHP und İYİ Parti keine eigenen Kandidat*innen für die Städte im Westen der Türkei aufgestellt. Das war ein völlig falsches Signal. Diese klassenübergreifende Haltung der HDP ist besorgniserregend. Die Arbeiter*innenklasse ist entscheidend für den Kampf gegen die kapitalistische Krise. Der Nationalismus, der überall im Land geschürt wird, ist das größte Hindernis für ihre Ein-

grenze einer vierköpfigen Familie bei einem Monats-einkommen von 6.863 TL. Der Mindestlohn dagegen liegt bei nur 2.020 Lira. 57% der Beschäftigten müssen über 48 Stunden pro Woche arbeiten, um über die Runden zu kommen. Die meisten sind deswegen auch auf Konsumkredite angewiesen. Die Summe der Kreditschulden der Individuen (ohne die Kredite für Wohnungs- oder Fahrzeugdarlehen) liegt nun bei 350 Milliarden TL. Schon jetzt können mehr als zwei Millionen Menschen ihre Konsumkredite nicht zurückzahlen.

Auch die Arbeitslosigkeit steigt. Laut dem Institut für Statistik (TÜİK) lag die Arbeitslosenquote für März 2019 bei 14,1%

nostiziert für 2019 gar ein Minus von 2,6%.

Die Krise hat bereits politische Folgen für Erdogan: Bei den Kommunalwahlen hat das AKP/MHP-Bündnis die wichtigsten Metropolen einschließlich Istanbul verloren. 16 der 82 Millionen Einwohner*innen der Türkei leben in Istanbul – kein Wunder, dass die AKP, welche die Stadt 25 Jahre regiert hatte, diese Niederlage zunächst nicht akzeptieren wollte und das Ergebnis durch ihre Richter annullieren ließ. Auch der Großbourgeoisie schmeckt Erdogans Niederlage überhaupt nicht. Sie wartet ungeduldig auf strukturelle Maßnahmen seitens der Regierung, um die Krise auf den Rücken der Arbeiter*innenklasse abzuwälzen. Doch diese lie-

heit. Nur ein Programm, das kompromisslos die Interessen der Arbeiter*innen verteidigt, kann gegen ihn bestehen. Das ist eine entscheidende Herausforderung für die HDP, die sich das Ziel gesetzt hat, eine türkeiweite politische Alternative zu werden. Mit der kommenden Krise wird eine neue Periode großer Kämpfe beginnen. Um als Massenpartei darauf vorbereitet zu sein, muss die HDP dringend eine Diskussion über ein sozialistisches Programm auf die Tagesordnung bringen, welches u.a. die Enteignung von Banken und Schlüsselindustrien unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter*innen einschließt.

Die kommende Zeit wird eine Herausforderung für die Arbeiter*innenklasse und die Unterdrückten sein – aber auch für die Gewerkschaften, die linken Berufsverbände und die gesamte Linke. Den Widerstand mit einem sozialistischen Programm gegen die Krise des kapitalistischen Systems zu bewaffnen ist absolut notwendig, um eine echte Alternative zu Nationalismus, Ausbeutung und Kapitalismus anzubieten.

Sosyalist Alternatif,
Schwestergesellschaft der
SLP in der Türkei
www.sosyalistalternatif.com/

Iran: Krieg oder Revolution?

Der Rückzug der USA aus dem Nuklearabkommen mit dem Iran, die Verschärfung von Sanktionen und Rhetorik zeigt einen Strategiewechsel: Weg von einer versuchten Öffnung, hin zu einer verschärften Konfrontation zwischen dem Westen und Saudi Arabien einerseits und Iran andererseits. Amerikanische und europäische Rüstungskonzerne profitieren von Waffenlieferungen an die Saudis; und damit auch vom Stellvertreterkrieg und von den Kriegsverbrechen im Jemen. Innerhalb Irans wird der radikalste Flügel des Regimes – die Revolutionsgarden, die nicht nur einen Großteil der Streitkräfte, sondern auch der Wirtschaft kontrollieren – politisch gestärkt.

Unter den verschärften Sanktionen hat vor allem die einfache Bevölkerung zu leiden. Damit wird eine wirtschaftliche Situation verschlimmert, die bereits seit Jahren von massiver Inflation, Arbeitslosigkeit, und Verarmung gekennzeichnet ist. Die Sanktionen dienten dem Regime dazu, die Verantwortung für alle wirtschaftlichen Probleme von sich zu weisen. Tatsächlich ist es aber die kapitalistische Politik des Regimes selbst, Deregulierungen, Privatisierungen, Kürzungen von Sozialleistungen zu Gunsten des Militärs etc., die für einen

Großteil des Elends verantwortlich ist.

In den letzten Monaten kommt es verstärkt zu Streiks und Massenprotesten. Im Mittelpunkt der Bewegung stehen Arbeiter*innen der Lebensmittel-, Stahl- und Transportindustrie. Grundsätzlich zeichnen sich die Proteste dadurch aus, dass sie politisch völlig unabhängig von den beiden Fraktionen des Regimes – den sog. „moderaten“ und den „konservativen“ – organisiert wurden, und dass viele neben unmittelbaren ökonomischen Verbesserungen grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen einfordern. Zum Schock der Regierung fordern streikende Arbeiter*innen in Haft-Tappoh „Brot, Arbeit, Freiheit, Arbeiterverwaltung!“. Das Regime reagiert mit Massenverhaftungen; zahlreiche Anführer*innen der Streiks sind noch immer im Gefängnis und werden gefoltert.

Für die iranische Arbeiter*innenklasse, die Armen und die Jugend sind weder der US-Imperialismus und Saudi Arabien noch das reaktionäre iranische Regime eine Option. Die Proteste und Streiks der vergangenen Monate zeigen das zunehmende Bewusstsein, dass sich die Massen nur selbst vertrauen, und sich nur selbst befreien können.



Sudan: Revolution und Konterrevolution

Mit 73% wurde der KomikerDer Abbruch von Verhandlungen durch den Übergangsmilitärrat und das am 3.6. be-

nichts. Nach zwei Generalstreiks fand am 30.6. der größte Massenprotest der Landesgeschichte statt, mit 1 Million Menschen allein

Kein Zurück gegen das Militär und die kapitalistische Elite.

ginnene Massaker gegen Demonstrant*innen mit über 100 Toten in Khartum zeigt die Brutalität der sudanesischen Konterrevolution. Verantwortlich waren die paramilitärischen Rapid Support Forces, welche vom Ex Diktator Omar al Bashir gegründet und u.a. mit EU Geldern finanziert wurden. Doch bisher half dem Regime auch das

in Khartum. Dies geschah nach Monaten von Protesten, Streiks und dem Sturz von Bashir.

Eines ist klar: Die vor allem von den Golfstaaten unterstützte herrschende Klasse im Sudan wird sich nicht beugen. Demokratie würde ihre Posten und somit Einkommensquellen gefährden. Dies trifft nicht nur auf die Militärführung

zu, sondern auch auf die Führung der bürgerlichen Opposition, die als „Kräfte der Deklaration für Freiheit und Wandel“ mit dem Militär verhandeln. Dass sich an den Verhandlungen auch der Gewerkschaftsbund der Sudanese Professional Association beteiligt, welcher die Proteste führt, ist ein großer Fehler. Wieder einmal zeigt sich, wie notwendig eine revolutionäre Partei ist. Diese könnte die Entwicklung der entstandenen Nachbarschaftskomitees zu Räten, welche Wirtschaft und Verteidigung organisieren, propagieren. Letztendlich würde sie aufzeigen, dass eine demokratische Revolution eine sozialistische sein muss.

Lukas Kastner

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Massenprotest in Hong Kong

30 Jahre nach dem Massaker am Tiananmen-Platz finden in Hong Kong die größten Massenproteste seitdem statt. Eine Million Menschen, etwa jeder siebte Einwohner der „Sonderwirtschaftszone“, gingen am 9.6. gegen die Marionettenregierung der Staatspartei und ein geplantes Gesetz, das Oppositionelle an die Parteidiktatur auf dem Festland ausliefern soll, auf die Straße. Am 12.6. wurde die Zufahrt zum Par-

lament blockiert, u.a. von Aktivist*innen der Sozialistischen Aktion (Schwesterorganisation der SLP in Honkong). Die Polizei erschoss einen Protestierenden. Die Proteste wuchsen in der darauffolgenden Woche auf zwei Millionen an, sodass Regierungschefin Carrie Lam das Gesetz vorläufig zurückziehen musste. Nicht unweentlich dabei war die von der Sozialistischen Aktion seit Beginn geforderte Generalstreik am 17. Juni. Un-

sere Genoss*innen verteilten zigtausende Flugblätter und verkauften hunderte Ausgaben ihres Magazins. Am 1. Juli wurde das Marionettenparlament besetzt. Der Kampf gegen das verhasste Regime geht weiter, und die Macht liegt für die arbeitende Klasse in Hongkong gerade auf der Straße. Wenn die Kämpfe auf das Festland getragen werden, sind die Tage der Diktatur der Partei-Milliardäre gezählt.

chinaworker.info/

Russland

Am 7.6. wurde der bekannte Journalist Ivan Golunov verhaftet. Die Journalismus- und Mediengewerkschaft Profjur rief zu landesweiten Protestaktionen auf. Im Zuge dieser wurden 3 Aktivist*innen der Sozialistischen Alternative (Schwesterorganisation der SLP), die eng mit Profjur zusammenarbeitet, bis zu 8 Stunden inhaftiert und mit Geldstrafen belegt. Seit dem 11.6. ist Golunov wieder frei.

socialist.news/

Schweden

Die Kampagne der Sozialistischen Gerechtigkeitspartei (Schwesterorganisation der SLP in Schweden) gegen die neue 12-Stunden-Schicht in den Altenheimen der Gemeinde Haninge (Provinz Stockholm) organisiert mittlerweile 150 Beschäftigte, mehr als die Hälfte aller betroffenen Pflegekräfte. Eine Forderung ist die Wahl von für Arbeitsschutz zuständigen Ombudsleuten.

socialisterna.org/



Mit Babyschritten zur Diktatur?

Dass die **bürgerliche** Demokratie sich in der tiefsten Krise seit langem befindet, pfeifen schon die Spatzen von den sprichwörtlichen Dächern. Die Wahlbeteiligungen sinken – auch bei der EU-Wahl gab es nur einen kleinen Ausreißer vom langjährigen Trend. Regierungsbil-

lich sind die Unterschiede jedoch oft weniger groß als gedacht – wenn man z.B. bedenkt, dass in Frankreich die Sozialdemokratie für einen jahrelangen Ausnahmezustand verantwortlich ist, welcher vom liberalen Macron nun zum rechtlichen Normalzustand umgewandelt wurde.

Demokratische Errungenschaften zu verteidigen bedeutet heute für sozialistische Demokratie zu kämpfen.

dungen dauern oft lange, die Regierungen schaffen immer seltener die volle Amtszeit. Neue Parteien und Kandidat*innen tauchen auf und verschwinden auch oft rasch wieder – eine Reihe davon sind zumindest zu Beginn Satireprojekte wie „Die Partei“ in Deutschland oder der neue ukrainische Präsident. Vertrauen in Parteien und Regierungen erreichen neue Tiefpunkte. Dafür überschlagen sich die Berichte über Korruption und Freunderwirtschaft.

In der politischen Landschaft stehen sich zwei Trends gegenüber: Rechte und Rechtsextreme, die wie Orbán für eine „illiberale Demokratie“ eintreten und vermeintlich fortschrittlich Liberale, die die EU und die bürgerliche Demokratie verteidigen. Tatsäch-

Der Hintergrund der Krise der bürgerlichen Demokratie ist die wirtschaftliche Krise des Systems. Staaten, Regierungen und staatliche Institutionen müssen zunehmend direkt und brutal benutzt werden, um die für das Kapital nötigen Maßnahmen zu setzen. Dazu werden staatliche Repression, Polizei, Angriffe auf Versammlungsrechte und Streikrecht eingesetzt. Vor einigen Jahren geschah das noch unter dem Vorwand des „Krieges gegen den Terror“. Heute werden Maßnahmen wie der Kompetenzausbau der Geheimdienste ganz ungeniert und ohne entsprechende Erklärung umgesetzt. Kurz setzte nicht deshalb auf einen zunehmend autoritären Stil, weil er die Reinkarnation von Dollfuß ist, sondern weil die österreichische Wirtschaft die An-

griffe auf die Rechte der Arbeiter*innen braucht, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Entsprechend wütend zeigten sich auch die Wirtschaftsbosse über den Zusammenbruch der blauschwarzen Regierung. Der Aufstieg „Business Men“ wie Trump passt da gut ins

Bild. Wer braucht schon die korrupten Politiker*innen, die ohnehin keine Ahnung vom echten Leben haben, wenn es doch erfolgreiche Unternehmer*innen gibt, die wissen, wie man einen Betrieb, und damit wohl auch einen Staat, zum Wohle des Profits lenkt. So lautet das immer häufigere Erzählmuster, das ganz bewusst an der berechtigten Ablehnung der etablierten Politik ansetzt – und in den Abbau demokratischer Grundrechte führt.

Die Antwort auf diese rechte Gefahr ist aber nicht die Unterstützung der existierenden Institutionen wie z.B. der EU, oder gar das Beschönigen der Abgehobenheit und Korruption der politischen Elite. Die Antwort ist vielmehr eine wirkliche Alternative zu diesem politischen und wirtschaftlichen System.

Demokratische Grundrechte sind von der Arbeiter*innenbewegung in harten und oft blutigen Kämpfen erreicht worden. Nicht das Bürgertum, das sich beim Aufkommen von ernsthaften Widerständen 1848 rasch wieder zurückzog, hat Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Wahlrecht erkämpft. Es waren die revolutionären Proteste und Klassenkämpfe der Arbeiter*innenklasse, die diese bürgerlichen Freiheiten durchsetzten. Für uns als Sozialist*innen ist klar: All diese Rechte sind wichtig und müssen verteidigt werden. Und sind doch gleichzeitig viel zu wenig.

Gerade in Osteuropa gab und gibt es in den letzten Jahren eine Reihe von Massenprotesten gegen Korruption. Die „Demokratie“ hat nicht gehalten, was „der Westen“ versprochen hat. In ganz Europa gehen unzählige Jugendliche für ein „freies Internet“ auf die Straße. In Hongkong und dem Sudan geht es um soziale, aber v.a. auch um demokratische Rechte. Der Kampf um Mitbestimmung, um das Recht sich zu organisieren, die eigene Meinung vertreten und dafür kämpfen zu können – das hat Sprengkraft. Wissend, dass bürgerliche Demokratie beschränkt ist, gilt es dennoch ihre Errungenschaften zu verteidigen, um die Rahmenbe-

dingungen des Kampfes der Arbeiter*innen und Unterdrückten so gut wie möglich zu gestalten.

Doch in diesem Kampf für demokratische Rechte wird auch rasch klar, wo die Grenzen liegen. Die G20 lassen sich auch von riesigen Fridays for Future Protesten nicht daran hindern, die Förderungen für die Kohleindustrie zu verdoppeln. Deswegen müssen diese Unternehmen nicht nur von der öffentlichen Hand übernommen werden, sondern v.a. muss die Produktion demokratisch kontrolliert und entsprechend verändert werden.

Echte Demokratie bedeutet, dass wir selbst entscheiden können. Über unsere Körper, unser Leben, unsere Umwelt, unsere Arbeitsbedingungen. Nicht allein und egoistisch, sondern gemeinsam und demokratisch. Wenn die Menschen, die in dieser Gesellschaft die Arbeit machen – die Krankenpfleger*innen und Kassierer*innen, die Techniker*innen und Frisör*innen, die Kindergärtner*innen und Schweißer*innen – gemeinsam und demokratisch entscheiden, was und wie produziert wird, dann ist das keine „liberale“ Demokratie, sondern eine sozialistische Demokratie. Ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt!

Sonja Grusch

Fünf Gründe, warum...

1 Die International Labour Organisation geht davon aus, dass steigende Temperaturen bis 2030 etwa 72 Millionen Vollzeit-Jobs kosten. Die realen Zahlen werden noch viel höher sein, denn die Be-

diese Spaltung gemeinsam überwinden, um gegen die Klimakrise und ihre Verursacher zu kämpfen.

3 Die Gewerkschaften haben die größte Mobilisierungskraft. Das hat die Demo gegen den 12-Stun-

... die Gewerkschaften beim Klima-Aktionstag am 20.9. dabei sein müssen.

rechnung geht von einem Temperaturanstieg von 1,5°C bis 2100 aus, aktuell steuern wir aber auf 3-5°C Klimaerhitzung zu.

2 Nicht Klimaschutz bedroht also Arbeitsplätze, sondern Wettbewerb und Profitgier. Klimaaktivist*innen und Gewerkschaften müssen

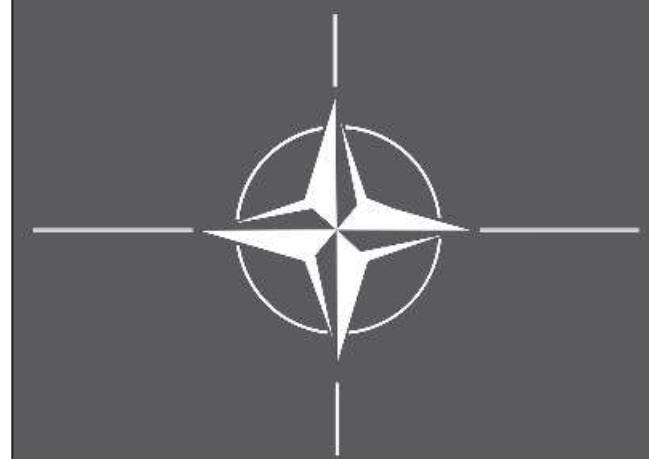
den-Tag, bei der 120.000 Menschen demonstriert haben, gezeigt. Abgesehen von der Mobilisierung können die Gewerkschaften die Demos auch durch die Bereitstellung von Infrastruktur unterstützen.

4 Die Regierung und Wirtschaft weiß seit Jahr-

zehnten was zu tun wäre, tut aber nichts, denn Kapitalinteressen stehen effektivem Klimaschutz entgegen. Nur Streiks können den nötigen wirtschaftlichen Druck aufbauen, denn sie treffen die Profite der Klimakiller. Dazu brauchen wir gut verankerte Gewerkschaften und mutige Betriebsräte*innen.

5 Um das Horrorszenario von 3-5°C noch abzuwenden, müssen wir die Wirtschaft radikal umbauen, denn sie muss „fossilfrei“, also Öl-, Gas- und Kohle-frei, werden. Dieser Umbau muss demokratisch organisiert sein und darf nicht zu Lasten der Arbeiter*innen gehen. Dafür brauchen wir kämpferische Gewerkschaften!

Vor 75 Jahren...



... wurde vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs die NATO gegründet. Sie sollte dazu beitragen, die globale Vorherrschaft der USA voranzutreiben. Das Bündnis kapitalistischer Mächte bekämpfte in der Vergangenheit zudem den stalinistischen Block und versuchte, sozialistische und antiimperialistische Revolutionen in kapitalistischen Ländern zu verhindern. Die Geschichte der NATO ist – trotz unterschiedlicher Strategien in den vergangenen Jahrzehnten – eine Geschichte stetiger Aggression. Das immense Arsenal an Atomwaffen und die Politik des Erstschlags machen die imperialistische NATO zu einem gefährlichen Player auf der Weltbühne.

Stefanie Klamuth

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch

- bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand

- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnen-politik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu

- regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Skandale reichen nicht!

Wie groß war die Freude am 18. Mai: Nach dem „Ibiza“-Video erklärte Strache seinen

vergleichsweise kleiner Rückschlag.

Die FPÖ wird sich davon erholen. Denn kei-

sche, sexistische und arbeiter*innenfeindliche Politik gedeihen kann. Die anderen etablier-

der als ebendiese präsentieren. Auf das „kleinere Übel“ zu setzen bedeutet, diesen Teufelskreis fortzusetzen. Nur wer mit der Logik des Kapitalismus und seiner Parteien bricht, kann die FPÖ effektiv bekämpfen. Deswegen brauchen wir eine echte linke sozialistische Alternative, die den Kampf gegen die FPÖ mit dem Kampf gegen Kürzungspolitik und Kapitalismus verbindet!

Simon Salzmann

Die FPÖ fällt nicht von selbst, sondern nur durch den Aufbau einer sozialistischen Alternative.

Rücktritt, die FPÖ flog aus der Regierung. Die Blauen wurden für tot erklärt. Die Realität bei den EU-Wahlen sah anders aus: Es war ein

ne der etablierten Parteien kann ein Programm vorweisen, welches den Freiheitlichen den Boden entzieht, auf dem ihre rassisti-

ten Parteien werden uns weiterhin weismachen, dass es keine Alternative zu ihrem neoliberalen Einheitsbrei gibt – und die FPÖ wird sich wie-



Gibt es nicht aus Profitstreben. Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,- / Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 25 600 000 000 000 881 273 3
BIC: OPSKATWW



- > Berichte
- > Hintergründe
- > Analysen
- aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

Termin

SLP-Sommercamp
20. bis 25.8.

Turnersee/
Zablaško
Jezero in
Kärnten/
Koroška

(mehr Infos auf Seite 11)

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
in der 'Stadtschenke'
Neutorgasse 22

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt'
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLA BRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café Mayr'
Bahnhofstraße 1

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
in der 'Zypresse'
7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im **SLP-Büro**
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im **SLP-Büro**
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)